

1 **Liebe Mainzerinnen und Mainzer,**  
2

3 **die ÖDP ist dank Ihrer Unterstützung seit nunmehr 15 Jahren im Mainzer Stadtrat vertreten. Wir**  
4 **stehen für eine Kommunalpolitik aus Überzeugung und mit persönlichen Überzeugungen. Was das**  
5 **bedeutet? Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben über Mainzer Sachthemen zur ÖDP**  
6 **gefunden, nicht über Parteibücher oder den Wunsch nach einer politischen Karriere. Zu unserer**  
7 **sachorientierten Arbeit gehört auch, dass die ÖDP keinerlei Firmenspenden annimmt. Hierdurch**  
8 **sind wir frei von jeder Einflussnahme durch Lobbying. Viele Aktive der ÖDP sind oder waren**  
9 **Mitglieder in einer Mainzer Bürgerinitiative. Der Wunsch nach mehr direkter Bürgerbeteiligung**  
10 **und der enge Austausch mit den Mainzerinnen und Mainzern ist uns darum ein ganz natürliches**  
11 **Anliegen. Dafür steht das „D“ wie „Demokratisch“ in unserem Namen. Unsere ehrenamtliche**  
12 **Aufgabe verstehen wir als Auftrag, Politik für alle Menschen in Mainz zu betreiben. Unsere**  
13 **Grundüberzeugungen als Menschen, die in einer Ethik verwurzelt sind, die alles Leben achten,**  
14 **behalten wir dabei immer im Blick. Das bedeutet nicht nur, dass wir das „Ö“ für „Ökologisch“ in**  
15 **unserem Namen ernst nehmen. Wir stellen uns auch klar gegen jede Form von Extremismus,**  
16 **Fremdenhass oder Diskriminierung. Gemeinsam mit allen Menschen, die in unserer Stadt leben,**  
17 **wollen wir unser liebenswertes Mainz lebenswert gestalten.**

18  
19 **Das spiegelt sich auch in unseren Schwerpunktthemen für Mainz wider, die wir Ihnen mit diesem**  
20 **Wahlprogramm geordnet nach dem Alphabet vorstellen möchten.**

21 **Das Wahlprogramm wurde von der ÖDP-Mitgliederversammlung am 11. März 2019 beschlossen.**  
22 **Ihr Dr. Claudius Moseler**  
23  
24

### 25 **Bürgerbeteiligung**

26 Der Bürgerbeteiligungsprozess zu Projekten muss in den Leitlinien für Bürgerbeteiligung geregelt  
27 werden, darf aber nicht den politischen Diskurs ersetzen. Grundvoraussetzung für eine gelungene  
28 Bürgerbeteiligung ist die frühzeitige Information durch die regelmäßige und vollumfängliche  
29 Veröffentlichung der aktuellen Projektliste, die leicht zugänglich für mehr Transparenz bei kommunalen  
30 Projekten sorgt. Es ist weder zeitgemäß noch ausreichend, Termine und Themen ausschließlich im  
31 Amtsblatt oder in einer Tageszeitung anzukündigen. Beteiligungskonzepte sind über alle Projektphasen  
32 hinweg erforderlich und Ergebnisse müssen transparent kommuniziert werden, um ein breites  
33 Meinungsbild zu ermöglichen. Im Anschluss sollten die Bürgerinnen und Bürger per Online-Voting  
34 abstimmen können, um so dem Stadtrat auf breiter Basis ihre Wünsche zu vermitteln. Dies kann dem  
35 Stadtrat als Entscheidungshilfe dienen. Nach dem Bürgerbeteiligungsverfahren muss ausreichend und  
36 rechtzeitig über die Beschlüsse aus den Gremien informiert werden, um so die Möglichkeiten für einen  
37 Bürgerentscheid sicherzustellen. Die Leitlinien sollen die Durchführung eines Bürgerentscheids gem. §  
38 17a der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz nicht ersetzen. Transparenz und vor allem Kommunikation  
39 mit der Bürgerschaft und den Bürgerinitiativen sind für diesen Prozess enorm wichtig. Eine  
40 Bürgerversammlung, in der ab und an über den Prozess berichtet wird, ist zu wenig. Aus diesem Grund  
41 sehen wir es als einen großen Fehler an, dass die Bürgerinitiativen an der Entwicklung der Leitlinien  
42 gezielt nicht beteiligt wurden.  
43

44 Viele Abläufe und Projekte in unserer Gesellschaft würden ohne ehrenamtliches Engagement überhaupt  
45 nicht existieren und nicht in bisher gewohnter Weise funktionieren. Daher sollte die Stadt ehrenamtliche  
46 Angebote grundsätzlich pflegen und eine klare Wertschätzung für diesen Einsatz vermitteln. Mainz sollte  
47 alles daransetzen, bürgerschaftlich engagierte Menschen oder Vereine nicht in die Rolle lästiger Bittsteller  
48 zu drängen.  
49

50 Wir fordern die Einführung des Kommunalen Bürgerhaushalts, damit die Mainzerinnen und Mainzer in  
51 der Ausgabenpolitik der freiwilligen Leistungen im Rahmen einer Bürgerbeteiligung mitbestimmen  
52 können.  
53

54 Die Ortsbeiräte brauchen mehr Kompetenzen. Sie müssen den Ausschüssen des Stadtrates gleichgestellt  
55 werden, um Projekte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort realisieren zu können.  
56 Stadtverwaltung und Stadtvorstand müssen auch die Ortsvorsteher stärker in Verwaltungsabläufe  
57 einbinden und rechtzeitig informieren. Den Mainzer Ortsteilen ist im Rahmen des städtischen Haushaltes  
58 ein substanzieller eigener Verfügungsrahmen zu gewähren (Zuweisung entsprechend der  
59 Einwohnerzahl), denn vor Ort können viele Entscheidungen effizienter getroffen werden.  
60

## 61 **Chancengleichheit und Teilhabe**

62 Bei kommunalen Planungen im öffentlichen Raum müssen Behindertenbeirat und Seniorenbeirat  
63 regelmäßig über Veränderungen informiert und zur Stellungnahme eingebunden werden. Im Detail  
64 fordern wir zugängliche Bordsteinabsenkungen, barrierefreie Bushaltestellen und vor allem, dass sich  
65 Maßnahmen und bauliche Veränderungen nicht nachteilig auf die Barrierefreiheit auswirken (z.B. zu eng  
66 gestellte Poller). Eine Lösung benötigen wir auch bei der Müll- und Sperrmüllabfuhr: Tonnen oder  
67 Sperrmüll dürfen nicht die Bürgersteige versperren. E-Scooter für mobilitätseingeschränkte Menschen  
68 müssen vom öffentlichen Nahverkehr mitgenommen werden. Für Blinde und Sehbehinderte ist es  
69 notwendig, dass an großen Kreuzungen Signalampeln installiert werden, die man gut hören kann. Im  
70 Öffentlichen Nahverkehr muss die akustische Ansage in den Fahrzeugen auch eingeschaltet sein.  
71 Öffentliches und privates Bauen muss grundsätzlich Barrierefreiheit sowie die Belange von Blinden und  
72 Sehbehinderten berücksichtigen. Leider gibt es dazu noch keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen.

73  
74 Integration ist für die ÖDP keine Einbahnstraße. So fordern wir auch die Ermöglichung an  
75 gesellschaftlicher Teilhabe von Zugewanderten, z.B. durch Sprachangebote.

## 77 **Diesel-Skandal**

78 Vieles hätte bereits in den vergangenen sieben Jahren, seit die Diskussion um den Diesel schwelt,  
79 umgesetzt werden können. Ideen und Anträge im Stadtrat dazu hat es vor allem von der ÖDP genügend  
80 gegeben. Wir fordern nichts weniger als

- 81 • eine echte Verkehrswende (siehe auch Ö wie ÖPNV, R wie Radfahren und V wie Verkehr),
- 82 • den Erhalt der verbliebenen Frischluftschneisen und
- 83 • die Verbesserung der Stadtluft durch intelligente Stadtentwicklung.

84  
85 Wir halten an diesen Forderungen fest und lassen nicht zu, dass der Oberbürgermeister sich weiter mit  
86 der Mantra-artigen Wiederholung seiner bisherigen Fehleinschätzung begnügt und behauptet, dass es  
87 kein Dieselfahrverbot für Mainz geben wird. Wir drängen darauf, dass der Stadtvorstand die Wurzel des  
88 Problems, die schlechten Luftwerte, bekämpft und damit den Gesundheitsschutz aller Menschen in Mainz  
89 ernst nimmt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht die Zeche für die Profitgier der Automobilindustrie  
90 und die Untätigkeit der Politik bezahlen.

91  
92 Darüber hinaus muss die Reduzierung von Feinstaubemissionen auch in den Bereichen Industrie,  
93 Hausbrand sowie Schiffs- und Flugverkehr angestrebt werden.

## 95 **Ernährung**

96 Die Verpflegung in städtischen Kindertagesstätten in Mainz muss schrittweise auf Frischküche umgestellt  
97 werden. Auch bei der Planung von Neu- und Umbauten von städtischen Kindertagesstätten soll der  
98 Einbau einer Frischküche von vorneherein geprüft und ermöglicht werden.

## 100 **Familien**

101 Zur Verzahnung mit allen Politikfeldern fordern wir die Einführung von kommunalen Familienbeiräten.  
102 Die Aufgaben des Familienbeirats sind die Prüfung der Familienverträglichkeit bei kommunalen  
103 Planungen, Maßnahmen, Dienstleistungsangeboten, familienorientierten Aktionen und Veranstaltungen  
104 sowie die Erstellung eines städtischen Familienberichts. Die ÖDP steht ein für Chancengleichheit für  
105 Frauen und Männer und setzt dabei vor allem auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (ausreichend  
106 Kita-Plätze, Tagesmütter, Erziehungsgehalt, Betreuungsangebote).

## 108 **Feuerwehr**

109 Sicherheit geht vor: Die Mainzer Berufsfeuerwehr hat immer noch zu wenig Personal. Offene Stellen  
110 müssen dringend besetzt werden. Auch die Freiwilligen Feuerwehren müssen besser unterstützt werden.  
111 So sollten die Feuerwehrgerätehäuser in den Mainzer Stadtteilen wohnortnah erhalten bleiben und auf  
112 den technisch neuesten Stand gebracht werden. Notwendige Sanierungen sind zeitnah umzusetzen.

## 114 **Fluglärm**

115 Fluglärm ist leider ein Dauerthema unserer Region, bei dem bislang keinerlei Besserung in Sicht ist. Doch  
116 den Kopf in den Sand zu stecken, darf nicht unsere Reaktion sein. Wir positionieren uns mit aller  
117 Vehemenz gegen den Fluglärm. Der Lärm über Wohngebieten unserer Stadt, über Kindergärten, Schulen  
118 und Krankenhäusern ist nicht akzeptabel. Fluglärm macht krank!

119

120 Wir wenden uns daher auch gegen die Öffnung des Frankfurter Flughafens für Billigflieger. Der weitere  
121 Einstieg in das Low-Cost-Segment bedeutet mehr Flugbewegungen, Lärmbelästigung und Feinstaub. Wir  
122 fordern ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Ruhezeit von 22 bis 6 Uhr – ohne Ausnahmen. Für  
123 sogenannte Verspätungslandungen ebenso wie für den Einsatz besonders lauter Flugzeuge müssen die  
124 Fluggesellschaften spürbar sanktioniert werden.

### 125 126 **Gutenberg-Museum**

127 Den Bürgerentscheid zum Gutenberg-Museum, der auf Betreiben der „Bürgerinitiative Gutenberg-  
128 Museum“ entstand, haben wir von Beginn an tatkräftig unterstützt. Dabei ging es uns vor allem auch  
129 darum, den Weg für ausreichend neue Ausstellungsfläche zu ebnen, die sich ideal in das bestehende  
130 Ensemble einfügt und finanziell exakt durchkalkuliert ist. All dies konnte mit den Planungen zum  
131 Bibelturm nicht erreicht werden: Dieser Bau hätte eine nicht-finanzierte Dauerbaustelle mitten in der  
132 Stadt vorprogrammiert. Wir drängen darauf, dass die Stadt nun endlich die veränderte Ausgangslage  
133 nutzt, um ein neues, tragfähiges und auf einer soliden Finanzierung beruhendes Konzept auf den Weg zu  
134 bringen. Dazu müssen auch Gespräche auf weiteren politischen Ebenen geführt werden, wie  
135 beispielsweise mit dem Bund und dem Land. Mögliche neue Standorte und zusätzliche Flächen für das  
136 Gutenberg-Museum müssen geprüft werden (z.B. Karstadt-Areal mit Pavillons).

### 137 138 **Historisches Mainz**

139 Das historische Erbe muss erhalten und gepflegt werden. Die ÖDP setzt sich nicht nur für den Erhalt und  
140 den Schutz unserer römischen Denkmäler ein. Wir fordern auch eine würdige Präsentation dieser  
141 einzigartigen Bauwerke (römisches Bühnentheater, Römersteine). Geplante Bebauungen wie z.B. an den  
142 Römersteinen dürfen das Erscheinungsbild als Gesamtdenkmal nicht beeinträchtigen und müssen  
143 ausreichende Abstandsflächen respektieren. Auch die Mainzer Zitadelle muss erhalten werden – hier  
144 brauchen wir weiterhin den Dialog von Denkmalschutz und Naturschutz.

### 145 146 **Hundesteuer**

147 Die Erhöhung der Hundesteuer vor einigen Jahren war aus sozialen Gründen ein Fehler. Die ÖDP fordert,  
148 dass für aus Mainzer Tierheimen übernommene Hunde für mindestens ein Jahr keine Hundesteuer  
149 erhoben wird. Hierdurch könnten die örtlichen Tierheime entlastet werden. Die Hundesteuer muss  
150 verstärkt zweckgebunden verwendet werden, z.B. für Vermeidungs- und Aufklärungskampagnen gegen  
151 Hundekot auf Fußwegen und zur Schaffung von Auslaufflächen.

### 152 153 **Kommunale Daseinsvorsorge**

154 Die ÖDP lehnt die geplanten Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, TISA, CETA) ab, die sich durch  
155 Demokratiefeindlichkeit und Bevorzugung von Großkonzernen auszeichnen. Kommunale Einrichtungen  
156 dürfen nicht durch diese Abkommen unwiderruflich privatisiert werden. Wir wenden uns grundsätzlich  
157 gegen die Privatisierung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge (Trinkwasserversorgung,  
158 Stromversorgung, öffentliche Nahverkehrsmittel, Wohnungsbau). Sie führt zu hohen Preisen, geringerer  
159 Qualität und schlechterer Versorgung. Wir fordern langfristiges, verantwortliches Handeln mit unseren  
160 Ressourcen für uns und die nachfolgenden Generationen.

### 161 162 **Kulturangebote und Feste**

163 Wir setzen uns für eine Existenz- und Standortsicherheit für Kunst- und Kultureinrichtungen, Vereine und  
164 Initiativen wie KUZ, Stadtkino, CinéMayence etc. ein. Wir wollen, dass das Angebot an (vor allem rein  
165 kommerziellen) Festen in Mainz kritisch überprüft und neu konzipiert wird. Viele Angebote haben sich zu  
166 rein kommerziellen Events entwickelt, die teilweise für die Anwohnerinnen und Anwohner zur Belastung  
167 werden. Außerdem führt das Überangebot dazu, dass vielfach die Feste in den Stadtteilen (z.B.  
168 Kerbeveranstaltungen) kaum noch besucht werden.

### 169 170 **Ludwigsstraße**

171 Es herrscht Stillstand im Herzen unserer Stadt, der Ludwigsstraße. Leerstände bei Karstadt, zugeklebte  
172 Schaufensterflächen, trostloses Grau zwischen den Pavillons, ein Sammelsurium ohne Konzept und  
173 Perspektive. Seit mehr als 20 Jahren reagiert die Stadtspitze nur auf Planungswünsche verschiedener  
174 Investoren anstatt ihre ureigenste Aufgabe, die Steuerung des Baurechts, endlich anzupacken. Die ÖDP  
175 fordert seit langem eine zeitgemäße Anpassung des stimmigen Gesamtkonzepts vom Schillerplatz bis zum  
176 Höfchen unabhängig von den wechselnden Wünschen potenzieller Investoren. Das bedeutet, der  
177 bestehende Bebauungsplan muss sowohl den künftigen Anforderungen des Einzelhandels als auch den  
178 Bedürfnissen der Umwelt angepasst werden. Die Kriterien, die in den „Leitlinien“ zur Ludwigsstraße

179 gemeinsam mit der Bürgerschaft festgeschrieben wurden, sind aus Sicht der ÖDP ebenso wenig  
180 verhandelbar wie die Funktion der Ludwigsstraße als Festmeile.

181  
182 Die ÖDP setzt sich für den Erhalt des öffentlichen Raums und den Verbleib der Plätze zwischen den  
183 Pavillons im städtischen Eigentum ein. 1958 skizzierte Stadtplaner Hans Jacobi seine „Vision einer Folge  
184 festlicher Plätze“ mit zeitgenössischer Architektur. Wir wertschätzen dieses städtebauliche Konzept als  
185 Alleinstellungsmerkmal und stellen uns die Zukunft der Ludwigsstraße als grüne und luftige Flanier- und  
186 Festmeile mit hoher Aufenthaltsqualität vor.

### 187 188 **Nachverdichtung**

189 Der Oberbürgermeister verkündet stets mit Stolz die Einwohner-Zuwachsraten und verschließt dabei die  
190 Augen vor den Grenzen des Wachstums. Die ÖDP fordert von je her einen Masterplan für Mainz, der  
191 mittel- und langfristige Maßnahmen der Stadtentwicklung skizziert. Hierdurch könnten Planungen besser  
192 nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden – statt wie bisher nach  
193 Investorenwünschen. Wir müssen außerdem eine bessere Vernetzung mit dem Umland anstreben.

194 In Mainz gilt leider die Devise: Der Investor gibt die Marschrichtung vor, füllt die restlichen grünen  
195 Flecken in der Stadt entsprechend den Mindestanforderungen des Baugesetzbuchs und spart sich seinen  
196 Beitrag zum Allgemeinwohl. Wo das hinführt, sehen wir z. B. an der massiven Bebauung Am Binger Schlag  
197 oder der geplanten Bebauung in den Gärten zwischen Untere Zahlbacher Straße und Am Linsenbergr.  
198 Daher fordern wir flächendeckend Bebauungspläne, um mit diesem notwendigen rechtlichen Instrument  
199 den baulichen Wildwuchs einzudämmen und die notwendige Anhörung der beteiligten Bürger und Ämter  
200 zu gewährleisten.

201  
202 Über abweichende Planungen und geplante Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplans  
203 entsprechend § 34 Baugesetzbuch darf nur im Einvernehmen der Gemeinde entsprechend § 36 Abs. 1  
204 Baugesetzbuch entschieden werden – das gilt selbstverständlich auch und besonders für Ausnahmen, die  
205 Umweltbelange berühren. (Negativbeispiel: gefällte Linde im Martin-Luther-King-Park für ein  
206 Bauprojekt). Die betroffenen Gremien wie Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie sowie  
207 der betroffene Ortsbeirat sollen rechtzeitig informiert werden. Ihnen soll Gelegenheit zur Stellungnahme  
208 und gegebenenfalls zum Einspruch gegeben werden.

### 209 210 **Naturschutz und Naherholung**

211 Wir wollen die Mainzer Naherholungsgebiete besser schützen und vernetzen und die Voraussetzungen  
212 dafür schaffen, dass weitere Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebiete ausgewiesen werden. Besonders zu  
213 schützen sind der Ober-Olmer Wald, der Höllenberg, das Gonsbachtal, der Lennebergwald, der  
214 Mombacher Sand, das Rheinufer, der Weisenauer Steinbruch und die Streuobstwiesen an der  
215 Bretzenheimer Ziegelei. Alle bestehenden Grünanlagen, z.B. der Grüngürtel zwischen Weisenau und der  
216 Oberstadt und der Hartenbergpark, müssen geschützt und dürfen weder bebaut noch veräußert werden.  
217 Das Rheinufer muss soweit möglich entsiegelt und mit Bepflanzung durch weitere schattenspendende  
218 Bäume aufgewertet werden.

### 219 220 **ÖPNV**

221 Der ÖPNV ist nicht nur eine tragende Säule der Daseinsvorsorge, sondern auch ein Mittel zur  
222 Verbesserung der Luftqualität. Die Attraktivität des ÖPNV hängt ab vom Ausbau des innerstädtischen  
223 Netzes und der Vernetzung mit dem Umland, einer engen Taktung der Abfahrzeiten vor allem zu den  
224 Stoßzeiten sowie der Reduzierung der Kosten für die Bürgerinnen und Bürger. Erschließungslücken im  
225 ÖPNV müssen von der Mainzer Mobilität geschlossen werden, z.B. durch Kleinbusse o.ä. Nur wenn der  
226 ÖPNV deutlich günstiger und bequemer als die Fahrt und das Parken mit dem Auto in der Stadt ist,  
227 können wir die Verkehrswende weg vom Individualverkehr schaffen. Wir fordern eine Prüfung, ob der  
228 Ausbau der Mainzer Straßenbahn nach Rheinhessen sinnvoll ist, z.B. nach Ebersheim und anderen  
229 Gemeinden.

### 230 231 **Polizei vor Ort**

232 Polizei und Justiz wurden in den vergangenen Jahren kaputtgespart. Auch vor Ort ist die Polizeipräsenz  
233 nicht immer gewährleistet, Aufgaben können nicht mehr in vollem Umfang wahrgenommen werden. Das  
234 Land Rheinland-Pfalz muss daher die Zahl der Polizistinnen und Polizisten deutlich erhöhen, so dass diese  
235 vor Ort wieder präsent sein können. Wir unterstützen den Wunsch nach dem „Vertelsbutze“, der  
236 Vertrauen und Sicherheit bei der Bevölkerung schafft und mit Ruhe und Verständnis bei Konflikten zur

237 friedlichen Lösung beitragen kann. Darüber hinaus fordert die ÖDP die dringend nötige Sanierung und  
238 den Erhalt der Polizeistation in der Mainzer Altstadt (Weißliliegasse).  
239

#### 240 **Radfahren**

241 Die ÖDP setzt sich seit Jahren für eine Stärkung des Radverkehrs in Mainz ein. Das Thema wird umso  
242 dringlicher, als die Stadt vor der Aufgabe steht, eine umfassende Verkehrswende in die Wege zu leiten.  
243 Nicht nur um eine Entzerrung des Autoverkehrs zu bewirken, sondern vor allem auch, um die Belastung  
244 der Luft drastisch zu senken. Die Stadt soll Leitlinien für die Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz  
245 erstellen. Einen Diskussionsprozess unter breiter Beteiligung aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft  
246 möchte die ÖDP dem Leitlinienentwurf vorschalten. Die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht bzw.  
247 Sperrung von Radwegen im Mainzer Stadtgebiet hat zu einer umfassenden Diskussion über die Sicherheit  
248 der Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr geführt. Gerade die aktuelle Debatte am Beispiel  
249 der Goldgrube zeigt, dass alle politischen Strömungen mehr Radverkehr befürworten, aber der Weg dahin  
250 umstritten ist. Aus Sicht der ÖDP brauchen wir sichere, durchgehende und ausreichend dimensionierte  
251 Radwegenetze sowie überregional die Einrichtung von Radschnellwegen.  
252

#### 253 **Sanierung Rathaus und andere Verwaltungsstandorte**

254 Das Rathaus muss saniert und zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung und einem zeitgemäßen  
255 Arbeitsplatz umstrukturiert werden. Der dafür vorgesehene finanzielle Deckel für die geplante Sanierung  
256 des Rathauses darf nicht angehoben werden. „Luxus“, der zu nicht vertretbaren Mehrausgaben führt, ist  
257 zu vermeiden. Für die Gebäude der Zitadelle Mainz hat das Baudezernat mit Stand aus dem Jahr 2009  
258 einen Sanierungsbedarf in Höhe von 21 Mio. Euro brutto mitgeteilt. Die Kosten für das Stadthaus sind  
259 immer noch unbeziffert. Nur in der Gesamtschau auf alle drei Standorte (Rathaus, Zitadelle, Stadthaus)  
260 hätte eine seriöse Planung und verlässliche Kostenaufstellung durchgeführt werden können. Diese  
261 Gesamtschau auf die drei wesentlichen Mainzer Verwaltungsstandorte hat die Ampel-Koalition leider  
262 verhindert.  
263

#### 264 **Sauberkeit und Farbschmierereien**

265 Die Sauberkeit der Stadt muss auch dadurch verbessert werden, dass – nach dem Braunschweiger Modell  
266 – ungenehmigte Graffitis und Farbschmierereien, Müll und Unrat umgehend beseitigt werden. Wir müssen  
267 das Signal setzen, dass illegale Farbschmierereien in unserer Stadt nur eine sehr kurze Lebensdauer  
268 haben. Wir brauchen eine zentrale Stelle in der Verwaltung, die umgehend die Entfernung illegaler  
269 Farbschmierereien koordiniert. Darüber hinaus ist die Straßenreinigungssatzung zu überarbeiten. Der  
270 Entsorgungsbetrieb braucht neue kommunale Zielvorgaben. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
271 Entsorgungsbetriebe auch in engen, steilen Gassen die Mülltonnen vor den Haustüren zur Entleerung  
272 abholen. Ältere oder gar gehandicapte Anwohnerinnen und Anwohner müssen derzeit die Mülltonnen  
273 über weite Strecken und bergauf selbst zu einer Sammelstelle bringen (siehe Weisenau). Es müssen dazu  
274 zumindest kostengünstige Serviceleistungen angeboten werden.  
275

#### 276 **Schule und Bildung**

277 Wir setzen uns dafür ein, den Kindern unserer Stadt unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer familiären  
278 Situation gleiche Startchancen für eine gelingende Zukunft zu bieten. Hierzu benötigt Mainz ein  
279 ganzheitliches Konzept, das nicht nur kostengünstige und qualitativ hochwertige  
280 Betreuungsmöglichkeiten berücksichtigt, sondern besonders auch den Austausch zwischen Kita,  
281 Grundschule und weiterführender Schule intensiviert. Das heißt für uns aber auch, dass der Fokus neben  
282 dem Thema der „Digitalisierung“ auch auf eine Aufstockung der personellen Unterstützung ausgerichtet  
283 sein muss (zweite Kraft in jeder Schulklasse). Dazu muss die Stadt als Schulträger mit dem Land, das für  
284 die personelle Ausstattung zuständig ist, ins Gespräch kommen.  
285

286 Wir setzen uns zudem für Schulsozialarbeiterstellen an allen Schulformen ein. An den weiterführenden  
287 Schulen gibt es ausschließlich Schulsozialarbeiterstellen, die über das Landesförderprogramm  
288 bezuschusst werden. Während die Schulsozialarbeit an Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen und  
289 Berufsbildenden Schulen mit der Förderung des Landes ausgebaut wird, bleiben die Gymnasien bisher  
290 außen vor. Das entspricht längst nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen, die durchaus auch an Gymnasien  
291 bestehen. Da für Schulsozialarbeit an Gymnasien vom Land überhaupt keine Fördermittel bereitgestellt  
292 werden und die Förderung an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen begrenzt ist, fordern wir  
293 eine Finanzierung über den städtischen Haushalt. Die Kosten für ein Vollzeitäquivalent betragen ca.  
294 50.000 Euro jährlich. Für die sieben staatlichen Gymnasien würden sich die Kosten bei Besetzung mit je  
295 einem Vollzeitäquivalent auf jährlich ca. 350.000 Euro belaufen.  
296

297 Naturwissenschaftliche Bildung und Förderung ist in Zeiten, in denen man ohne Informatikstudium nicht  
298 einmal mehr versteht, wie Auto und Telefon funktionieren, enorm wichtig, um nicht abgehängt zu werden.  
299 Das kann nicht erst in der Universität beginnen und die Schulen können das auch nicht im notwendigen  
300 Maße leisten. Daher wäre es wünschenswert, wenn Initiativen wie z.B. Repair-Café oder die  
301 Astronomische Arbeitsgemeinschaft, die Naturwissenschaft und Technik im Programm haben,  
302 entsprechend gefördert werden – auch immateriell, z.B. in Form von Räumlichkeiten. Die Angebote  
303 erfreuen sich großer Beliebtheit und schaffen Vielfalt und Lebensqualität in Mainz.

304  
305 Ein Bindeglied zwischen Wissenschaft und Bevölkerung können dabei Akteure aus dem Bereich des  
306 bürgerschaftlichen Engagements sein. Ein Beispiel ist die ehemalige Volkssternwarte, mit deren  
307 Schließung im attraktiven räumlichen Umfeld zwischen Anne-Frank-Realschule und Naturhistorischem  
308 Museum viel Potential für Synergien verschenkt wurde. Leider befindet sich das Museum nun schon seit  
309 Jahren im Umbau, wodurch der Betrieb massiv eingeschränkt ist. Von der durch die Baudezernentin  
310 angekündigten Win-win-Situation in Form eines „naturwissenschaftlichen Lern- und  
311 Entdeckungsumfeldes“ ist man immer noch meilenweit entfernt.

### 312 **Stadt- und Baugestaltung**

313 Wir kämpfen dafür, dass in Fragen der Stadt- und Baugestaltung auch die Stimmen der Betroffenen – und  
314 das sind wir alle – angemessen Gehör finden. Die Diskussion über Städtebau und Architektur braucht eine  
315 deutlich breitere Basis. Die Vielfalt gestalterischer Ausdrucksformen darf nicht durch Tabus  
316 eingeschränkt werden. Das Zitieren von Elementen einer hergebrachten Formensprache und das  
317 rücksichtsvolle Eingehen auf einen historischen Kontext dürfen nicht als „vorgestrig“ und „mutlos“  
318 diffamiert werden.

319  
320 Bei Wettbewerben mit städtebaulich-architektonischen Zielsetzungen im unbeplanten Innenbereich muss  
321 vor dem Beschluss über den Auslobungstext eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden – analog dem  
322 Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Gleiches gilt für das Verfahren im Vorfeld der  
323 Entscheidung über die Realisierung des Entwurfs eines Wettbewerbsteilnehmers.

324  
325 Die im Planungs- und Gestaltungsbeirat zu erörternden Tagesordnungspunkte müssen rechtzeitig  
326 öffentlich bekannt gegeben werden. Interessierten Bürgerinnen und Bürgern muss in den  
327 Beiratssitzungen Gelegenheit gegeben werden, sich zu dem jeweiligen Bauvorhaben zu äußern.

328  
329 Im Auslobungstext formulierte Wettbewerbsziele dürfen dem gesetzlichen Einfügungsgebot des § 34  
330 Baugesetzbuch, dem Eingriffsminimierungsgebot des § 2 Abs. 4 Denkmalschutzgesetz und dem  
331 besonderen Rücksichtnahmegebot des § 5 Abs. 2 Landesbauordnung nicht zuwiderlaufen oder sie  
332 relativieren. Darauf ist in jedem Einzelfall mit Nachdruck hinzuweisen. Insbesondere darf ein  
333 Wettbewerbsentwurf einen bauhistorischen Kontext nicht unkenntlich machen.

### 334 **Steinbruch**

335 Die ÖDP unterstützt die Bürgerinitiative „Keine Mülldeponie im Mainzer Steinbruch“ und wendet sich  
336 bereits seit Jahren gegen die geplante Mülldeponie direkt in der Nähe des Wohngebiets am Großberghang.  
337 Der Entsorgungsbetrieb will auf der Deponie Bauschutt der Klassen I und II für mineralische Abfälle  
338 ablagern. Im Genehmigungsverfahren für die Mülldeponie haben sich einige Ungereimtheiten ergeben.  
339 Wir werden der Stadt gemeinsam mit der BI auf die Finger sehen bei den weiteren Planungen. Für die  
340 ÖDP steht fest: Es dürfen keine belasteten Materialien im Steinbruch Weisenau verfüllt werden.

### 341 **Transparenz**

342 Wir setzen uns für öffentliche Sitzungen des Stadtvorstandes sowie der Aufsichtsratsgremien der  
343 stadtnahen Gesellschaften ein. Stadtratssitzungen sollen im Internet übertragen werden (Livestream). Der  
344 Zugang zu allen öffentlichen Dokumenten der Stadt Mainz muss für interessierte Bürgerinnen und Bürger  
345 verbessert und wesentlich bekannter gemacht werden. Wir wünschen uns mehr direkte Beteiligung der  
346 Bürgerinnen und Bürger durch Nutzung des Internets, z.B. für Übertragungen von politischen  
347 Veranstaltungen, Online-Abstimmungen, Foren und kollaboratives Entwerfen und Arbeiten an  
348 Lösungsvorschlägen.

349  
350 Grundsätzlich müssen Dezernentenstellen, Aufsichtsratsmitgliedschaften sowie Führungspositionen der  
351 stadtnahen Gesellschaften nach öffentlichen Ausschreibungen und einem transparenten  
352 Entscheidungsverfahren fachlich qualifiziert besetzt werden.

357 Wir setzen uns dafür ein, die Gemeindeordnung so zu ändern, dass auch die hauptamtlichen  
358 Beigeordneten zeitlich analog zur fünfjährigen Wahlperiode der Kommunalparlamente zu Beginn der  
359 Wahlperiode neu gewählt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass diese entsprechend den  
360 Mehrheitsverhältnissen im neuen Rat politisch unterstützt werden.

### 361 362 **Umwelt**

363 Wir brauchen für Mainz eine ganzheitliche, vorausschauende, soziale und ökologische Stadtplanung, die  
364 alle Kriterien des städtischen Zusammenlebens betrachtet. Dazu gehören z. B. der Erhalt gewachsener  
365 Stadtteile und deren Sozialstrukturen, Festlegungen zu preisgünstigem Wohnraum, ausreichend Flächen  
366 für die Verkehrswende, der Schutz der Umwelt und des Klimas. Voraussetzung wäre ein städtebauliches  
367 Gesamtkonzept, das die Widerstandsfähigkeit der Stadt auch in Krisenzeiten (siehe auch unter  
368 Wetterextreme) gewährleistet. Trotz mehrerer Anträge und Initiativen ließen sich die Stadtspitze und der  
369 Stadtrat bislang leider nicht von der Notwendigkeit eines solchen städtebaulichen Gesamtkonzepts  
370 überzeugen. Wir fordern die drastische Reduzierung der Flächenversiegelung und mehr Einsatz für den  
371 Artenschutz sowie das für die Kessellage von Mainz dringend notwendige Freihalten der  
372 Frischluftkorridore von jeglicher Bebauung.

### 373 374 **Verkehr**

375 In der Stadtverwaltung soll eine neue Personalstelle für einen Mobilitätsmanager in Mainz geschaffen  
376 werden. Er soll dafür sorgen, dass die Verkehrsarten des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger,  
377 Car-Sharing) gestärkt werden und die für diese Verkehrsmittel vorhandene Infrastruktur instandgehalten  
378 und erweitert wird. Wir brauchen mehr fußgängerfreundliche Straßenführungen, Ampelschaltungen und  
379 kurze direkte Wege. Sämtliche Fußwege sind hierauf systematisch zu überprüfen und zu verbessern.

380  
381 Wir setzen uns für den Bau von kleineren Park-and-Ride-Anlagen in den größeren Gemeinden  
382 Rheinhessens und entlang von Bahnlinien zur Entlastung des Mainzer Stadtverkehrs ein. Gleichzeitig  
383 sollten Park-and-Ride-Anlagen in Weisenau und im Bereich des Lerchenberger Kreisels geschaffen  
384 werden. Der Individualverkehr in der Innenstadt muss mittelfristig deutlich reduziert werden.

385  
386 In den Mainzer Stadtteilen, vor allem in den Wohngebieten, muss Tempo 30 km/h auch durch verstärkte  
387 Kontrollen eingehalten werden. Durchgangsverkehr ist zu vermeiden. Der Schwerlastverkehr ist  
388 besonders aus den engen Ortskernen der Vororte und aus Wohnstraßen herauszuhalten. Die geplante  
389 Schiffsliedestelle und den Autoabsetzplatz an der Südmole des Zoll- und Binnenhafens und entlang der  
390 Taunusstraße in der Neustadt lehnen wir ab, weil es an dieser Stelle dadurch zu unzumutbaren Lärm- und  
391 Schadstoffbelastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner kommt.

392  
393 Für Weisenau, Marienborn, Finthen, Gonsenheim und Mombach sind effektive, umweltverträgliche  
394 Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen der A 60/A 63 und der A 643 zu schaffen. Dazu zählt auch die  
395 kurzfristig umsetzbare Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 km/h entlang der Wohngebiete. Wir setzen  
396 uns für die Einhausung des Autobahnabschnitts bei Marienborn im Zuge des Ausbaus der A 60 ein.

### 397 398 **Wetterextreme**

399 Städte sind durch Extremwetter besonders verwundbar. Aufgeheizter Beton und Teer und dazu die durch  
400 Bebauung beeinträchtigte Frischluftzufuhr halten die Hitze auch nachts in der Stadt. Starke Versiegelung  
401 und zu wenig Stadtgrün begünstigen Überflutungen bei Starkregen.

402  
403 In Mainz sind jetzt schon mehr als 32% der Flächen versiegelt. Die Stadt muss den Schutz vor Überhitzung  
404 und Überflutung darum besonders ernst nehmen. Wir fordern die drastische Reduzierung der  
405 Flächenversiegelung und das für die Kessellage von Mainz dringend notwendige Freihalten der  
406 Frischluftkorridore von jeglicher Bebauung. Die ÖDP beantragte im September 2018 im Stadtrat einen  
407 „Städtebaulichen Rahmenplan Klimaanpassung“ und zusätzlich einen Hitzeaktionsplan, der die Menschen  
408 in Mainz bei künftigen Hitzeperioden schützen soll (siehe auch unter Umwelt). Auch wenn der Stadtrat  
409 immer noch keine Notwendigkeit für diese Maßnahmen sieht, beharren wir hartnäckig auf unserer  
410 Forderung.

411  
412 Bereits Ende 2013 hatte die ÖDP den Antrag „Cool City“ in den Stadtrat eingebracht. Wir hätten längst so  
413 manchen Bauriegel verhindern, Hinterhöfe begrünen, die Grünsatzung aktualisieren und eine  
414 entsprechende Monitoringstelle schaffen können, wenn nicht CDU, SPD, FDP und selbst die Grünen  
415 unseren Antrag ausgebremst hätten.

416

417 **Wirtschaft**

418 Wir fordern, das Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernat zum Dezernat für Arbeit und Wirtschaft  
419 umzuorganisieren. Generell muss dafür gesorgt werden, dass die Wirtschaftsförderung in Mainz personell  
420 besser aufgestellt wird. Aktuell gibt es für diesen Aufgabenbereich nur vier Stellen, Wiesbaden hat  
421 beispielsweise dafür 14 Stellen.

422  
423 Es ist Flächenmanagement für Gewerbegebiete aufzubauen, das vorhandene Flächenpotenziale analysiert  
424 und künftigen Gewerbeflächenbedarf ermittelt. Es sollen Nachverdichtungspotenziale von bestehenden  
425 Gewerbegebieten analysiert und die Entwicklung neuer Gewerbeflächen durch größere Flächeneffizienz  
426 flächenschonend gestaltet werden (Brachflächen, Leerstände, ungenutzte Grundstücke). Außerdem ist bei  
427 der Ansiedlung von Gewerbe darauf zu achten, dass ein gutes Verhältnis von geschaffenen Arbeitsplätzen  
428 zum Flächenverbrauch erzielt wird. Die Leerstände von Geschäfts- und Gewerberäumen in der Innenstadt  
429 sind durch eine aktive Vermarktungs- und Vermittlungspolitik durch das Wirtschafts- und  
430 Liegenschaftsdezernat zu minimieren.

431  
432 Das gesamte Stadtgebiet muss mit schnellem kabelgebundenem Internet ausgestattet werden. Hier sind  
433 die Anstrengungen im Dezernat zu verstärken.

434  
435 Im Rahmen eines funktionierenden Sozialpakts sollte der Gewerbesteuerhebesatz gesenkt werden. Er  
436 befindet sich derzeit in Mainz auf dem höchsten Niveau aller Städte in Rheinland-Pfalz. Kleinbetriebe und  
437 Mittelstand werden durch eine Senkung gestärkt, dies wiederum kommt dem Arbeitsmarkt zugute. Damit  
438 würde die Stadt bei den Sozialausgaben entlastet.

439  
440 Wir bekennen uns zum Medienstandort Mainz. Dieser muss weiter ausgebaut und attraktiver gestaltet  
441 werden. Dabei genießt die Unterstützung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks eine  
442 besondere Priorität. Wir schlagen die Errichtung einer Medienhochschule unter Einbeziehung der  
443 vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich vor.

444  
445 **Wissenschaftliche Stadtbibliothek und Stadtarchiv**

446 Die ÖDP hat sich 2011 massiv gegen die damals geplante Zerschlagung der Wissenschaftlichen  
447 Stadtbibliothek durch die Ampelkoalition im Mainzer Stadtrat positioniert. Dank einer von vielen Mainzer  
448 Bürgerinnen und Bürgern mit regionalen und überregionalen Vertretern der Forschung unterstützten  
449 Petition konnte die Institution erhalten bleiben. Dennoch kam es mit Beitritt der Stadt zum Kommunalen  
450 Entschuldungsfonds zu kontinuierlichem Personalabbau und zu erheblichen Mittelreduzierungen. Dies  
451 hat den Charakter der Bibliothek, ihre Zugangsmöglichkeiten wie auch die inhaltliche Attraktivität der  
452 Kultureinrichtung für die allgemeine Nutzung, Forschung und Lehre spürbar verändert. Aus Sicht der ÖDP  
453 ist dies eine skandalöse Entwicklung für die Stadt Gutenbergs und ein Armutszeugnis für die  
454 „Wissenschaftsstadt Mainz“.

455  
456 Der unübersehbare Sanierungstau im historischen Gebäude Rheinallee 3 B für die beiden kulturellen  
457 Gedächtniseinrichtungen Stadtarchiv und Stadtbibliothek muss im Rahmen eines stadtweiten  
458 Sanierungskonzepts für alle städtischen Gebäude verstärkt in den Blick genommen werden.  
459 Schönheitsreparaturen allein können die Mängel nicht auf Dauer beheben.

460  
461 Die Planungen für den Neubau der Universitätsbibliothek haben begonnen. Das Gutachten des  
462 Wissenschaftsrats vom 25. Januar 2019 streift auch den Gedanken einer Integration der  
463 Wissenschaftlichen Stadtbibliothek in den Neubau. Wir fordern hierzu von der Stadt eine klare  
464 Positionierung. Wünschenswertes Ziel wäre die Errichtung eines „Historischen Zentrums“ für den  
465 handschriftlichen und gedruckten Buchbestand beider Bibliothekssysteme vom Mittelalter bis zum 18.  
466 Jahrhundert.

467  
468 **Wohnungsbau**

469 Trotz der überbordenden Bautätigkeit in der Stadt sind die Durchschnittsmieten in Mainz seit 2005 um  
470 weit über 40% gestiegen. Bezahlbare Wohnungen sind mehr denn je Mangelware, auch der Erwerb von  
471 Wohnungseigentum ist kaum bezahlbar. Vor allem Familien und Senioren werden zunehmend aus Mainz  
472 herausgedrängt, weil sie keinen geeigneten und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum mehr finden.

473  
474 Preisgünstige Mietwohnungen sind fast nur noch im Wohnungsbestand zu finden. Hier gilt es – auch im  
475 Hinblick auf die Auswirkungen auf den Mietspiegel – neben Neubau von preisgünstigem Wohnraum auch  
476 den Bestand an preisgünstigem Wohnraum durch geeignete Satzungen zu erhalten und nur nach Bedarf



477 zu modernisieren. Das Umkrepeln und Nachverdichten gewachsener Wohngebiete unter dem Namen  
478 der sogenannten Aufwertung zerstört soziale Strukturen, hebt die Vergleichsmieten, und vertreibt die  
479 Mieter, die sich all dies nicht mehr leisten können. Die Stadt sollte im Einzelfall auch bei drohender  
480 Luxussanierung oder Umwandlung in Eigentum von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.

481  
482 Bezahlbare Wohnprojekte hängen ganz wesentlich von der Höhe der Grundstückskosten ab. Die ÖDP  
483 fordert daher wirksame Maßnahmen gegen die Bodenspekulation z. B. durch eine aktive  
484 Bodenbevorratung und die Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts. Wir setzen uns für bezahlbare  
485 Wohnungen für alle ein, anstatt für Investorenparcs, die den Mietpreisspiegel in die Höhe treiben.  
486 Notwendig sind flächendeckende Bebauungspläne, in denen Mietwohnungsbau und Förderquoten  
487 festgelegt werden können.

488  
489 Um einer weiteren Versiegelung von Flächen entgegenzuwirken, sollten neue Wohnquartiere primär auf  
490 bereits versiegelten Flächen realisiert werden.

491  
492 Der Hebesatz für die Grundsteuer darf nicht weiter gehöhrt werden.

### 493 494 **Zentrenkonzept**

495 Die ÖDP steht nach wie vor zum Zentrenkonzept. Wir können nicht verantworten, dass der  
496 innerstädtische Einzelhandel außer durch den Onlinehandel zusätzlich auch durch ein breites  
497 Einkaufsangebot auf der grünen Wiese gefährdet wird. Umsatzverluste würden Geschäftsaufgaben nach  
498 sich ziehen, die Mainzer Innenstadt würde bereichsweise veröden und wäre in ihrer Bedeutung als derzeit  
499 herausragender Einzelhandelsstandort und Oberzentrum in jeder Hinsicht gefährdet.

500  
501 Wir können uns nicht mehr erlauben, die Landschaft durch weitere Einkaufszentren außerhalb der Stadt  
502 zu versiegeln und zusätzlich den damit einhergehenden motorisierten Individualverkehr zu fördern.

503